

## Bericht des Gemeinderats

### **Postulat Fraktion SVP/JSVP (Erich J. Hess, JSVP) vom 18. August 2005: Einführung einer Abgabepflicht für lukrative Nebenjobs der Berner Gemeinderäte (05.000327)**

An seiner Sitzung vom 27. April 2006 erklärte der Stadtrat Punkt 1 des folgenden als Motion eingereichten Vorstosses erheblich. Punkt 2 wurde in ein Postulat umgewandelt und erheblich erklärt. Punkt 3 zogen die Postulanten im Rahmen der Beratungen zurück.

Stadtpräsident Alexander Tschäppät hat schnell reagiert und damit aus dem Fall „Mietzinsaffäre“ seines Amtsvorgängers rasch gelernt.

80'000 Franken für einen Job den man während der Freizeit und in den Ferien erledigen kann (gemäss eigenen Angaben im Bund-Interview 1 Tag pro Monat, d.h. pro Tag Fr. 6'666.65 !) sind für einen Sozialdemokraten beachtlich und für eine Gewerkschaft beträchtlich, ja im höchsten Masse unanständig.

Gemäss Jahresbericht 2004, Statistik, Band Nr. 3, werden auf den Seiten 54 und 55 die Mandate (nur diejenige von Amtes wegen) der Gemeinderäte fein säuberlich aufgelistet. Auf dieser Liste fehlen jedoch die privaten Ämter, Chargen, Vorstandsengagements und weitere Interessenvertretungen.

Während von städtischen, kantonalen und eidgenössischen Parlamentariern die volle Transparenz verlangt wird, scheint diese beim Berner Gemeinderat nicht gefragt zu sein. Am Nationalratsamt von Gemeinderat Kurt Wasserfallen wurde gerade hier im Rat kein guter Faden gelassen und eine Abgabe von  $\frac{3}{4}$  der Entschädigung war fast für alle klar. Nicht mit den Wölfen geheult hatte jedoch Alexander Tschäppät. Warum haben wir in der Zwischenzeit alle erfahren.

Wir beauftragen den Gemeinderat

1. Sämtliche privaten Mandate und Interessenverbindungen mittels einer öffentlichen Liste zugänglich zu machen.
2. Sämtliche Ämter mit Entschädigungen/Spesen/Sitzungszulagen von mehr als 5'000 Franken pro Jahr mit den entsprechenden Betrag auszuweisen.
3. Dem Stadtrat ein Reglement vorzulegen, wonach aus lukrativen Nebenjobs inskünftig  $\frac{2}{3}$  bis  $\frac{3}{4}$  an die Stadtkasse abzuliefern sind (Anmerkung: Entschädigungen für Mandate von Amtes wegen gehen heute vollumfänglich in die Stadtkasse).

Bern, 18. August 2005

*Motion Fraktion SVP/JSVP* (Erich J. Hess, JSVP), Margrit Thomet, Ueli Jaisli, Peter Bühler, Rudolf Friedli, Thomas Weil, Erich Ryter, Simon Glauser, Dieter Beyeler, Lydia Riesen, Ernst Stauffer, Daniel Lerch, Mario Imhof

## Bericht des Gemeinderats

An seiner Sitzung vom 10. Mai 2007 hat der Stadtrat der Fristverlängerung bis zum 23. April 2008 für die Erstellung des Prüfungsberichts zu Punkt 2 zugestimmt. Der Gemeinderat erstattet hierzu folgenden Bericht:

Bereits heute werden gestützt auf Artikel 91 Absatz 2 der Gemeindeordnung der Stadt Bern vom 3. Dezember 1998 (GO; SSSB 101.1) im Jahresbericht Band 3 unter dem Kapitel „Gemeinde und Behörden“ sämtliche von Gemeinderatsmitgliedern ausgeübten *Mandate* aufgeführt. Da diese Mandate im Auftrag der Stadt wahrgenommen werden und gemäss Artikel 91 Absatz 3 GO die Entschädigungen mit Ausnahme der Spesenentschädigungen in die Stadtkasse fallen, sind weitere Details hierzu entbehrlich.

Der Stadtrat hat an seiner Sitzung vom 6. März 2008 das Reglement über den Lohn, die Nebenbeschäftigungen und die Parlamentstätigkeit von Mitgliedern des Gemeinderats (RLNP) erlassen. Dieses regelt die Deklaration von *Nebenbeschäftigungen* in Artikel 7 mit folgendem Wortlaut:

### **Art. 7** Deklarationspflicht für Nebenbeschäftigungen

<sup>1</sup> Sämtliche Nebenbeschäftigungen der Mitglieder des Gemeinderats sind im Jahresbericht offen zu legen.

<sup>2</sup> Die Deklarationspflicht umfasst zusätzlich die Entschädigung und die zeitliche Belastung der jeweiligen Nebenbeschäftigung.

Aus Sicht des Gemeinderats gewährleisten diese Regelungen die volle Transparenz bezüglich der von Gemeinderatsmitgliedern ausgeübten Mandate und Nebenbeschäftigungen. Zusätzliche Angaben im Jahresbericht erübrigen sich deshalb.

Da keine weiteren Massnahmen einzuleiten sind, entstehen weder zusätzlicher Aufwand noch zusätzliche Kosten.

Bern, 23. April 2008

Der Gemeinderat